

<b>Zeitschrift:</b>	Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
<b>Herausgeber:</b>	Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
<b>Band:</b>	107 (2013)
<b>Heft:</b>	6
<b>Rubrik:</b>	Polit-Prominenz in Gehörlosenzentrum Zürich-Oerlikon

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Polit-Prominenz im Gehörlosen-zentrum Zürich-Oerlikon



Gian Reto Janki eröffnet den Info-Abend zur Meinungsbildung vor der eidgenössischen Abstimmung vom 9. Juni 2013. Er ist sichtlich stolz auf seine beiden Gäste, die Nationalräte Filippo Leutenegger und Christoph Mörgeli.

**sichtbar GEHÖRLOSE ZÜRICH führt am 15. Mai 2013 im Gehörlosenzentrum in Zürich-Oerlikon ein Informations- und Diskussionsabend zum Thema – «Wählt das Schweizer Volk künftig den Bundesrat selbst?» – durch.**

Um das Volksrecht auszubauen und die direkte Demokratie zu stärken, will das Initiativkomitee den Bundesrat direkt durch das Volk wählen lassen und nicht mehr durch das Parlament. Was bedeutet das für die Schweiz? Möchte die SVP – die Initiantin der Initiative – ihre Sitze im Bundesrat ausbauen?

sichtbar GEHÖRLOSE ZÜRICH freut sich, dass mit SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli und FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger zwei absolute politische Schwergewichte die Abstimmungsvorlage Pro und Contra erläutern werden.

## Die Argumente des Initiativkomitees

Gian Reto Janki, Moderator des Diskussionsabends, begrüsst Filippo Leutenegger und Christoph Mörgeli herzlichst. Es sei einmalig – und darüber freue er sich riesig, dass zwei so hochkarätige Politiker zuge-

sagt haben. Er sei davon überzeugt, dass mit diesen beiden politischen Schwergewichten die Abstimmungsvorlage kompetent und in der ganzen Dimension diskutiert werden könne.

Als Einstieg in die Diskussionsrunde stellt Christoph Mörgeli die Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» vor.

Mörgeli erklärt, Demokratie sei Volksrecht. Die ursprüngliche Form davon, seien die Landsgemeinden im Kanton Glarus. Das Gegenteil von Demokratie, also wenn das Volk nicht mehr mitbestimmen könne, seien die totalitären Staaten.

Mörgeli erinnert, dass 1848 bei der Wahl der ersten Bundesräte diese beinahe durch das Volk gewählt worden wären. «Die Stimmberechtigten konnten damals aber noch nicht umfassend bestimmen bzw. abstimmen. In dieser Zeit war man der Meinung, dass Volk sei dafür zu dumm.»

Mörgeli erklärt, dass bereits 1990 in seiner Partei erste Überlegungen in Bezug auf die Volkswahl des Bundesrates gemacht worden seien. Dies vor allem deshalb, weil die Volkswahl der Regierungen in den Kantonen absolut unbestritten gewesen sei. Gerade in den Kantonen werde der Beweis erbracht, dass auch mit der Volkswahl ein normales Konkordanz- und Kollegialitätssystem funktioniere. Die Bildung der Regierungen funktioniere absolut reibungslos. Es gebe eigentlich keinen Grund, warum die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgerechnet auf höchster Ebene – bei der Wahl der Bundesräte – kein Mitspracherecht haben sollten.



Nationalrat Mörgeli möchte unter anderem, dass mit der Volkswahl des Bundesrates die unheiligen Absprachen unter den Parlamentarier im Vorfeld der Bundesratswahlen bedeutungslos werden.





Leutenegger und Mörgeli diskutieren unter der Leitung von Gian Reto Janki über die Vor- und Nachteile der Volkswahl des Bundesrates.

Mörgeli weist unter anderem darauf hin, dass die Volkswahl ein Vertrauensbeweis und eine Kompetenzverschiebung hin zum Volk sei. Dies sei umso wichtiger in einer Zeit, in der man das Volk schleichend in die EU führen möchte. Werde der Bundesrat durch das Volk gewählt, so hätten die Bunderäte vermehrt auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Hinterzimmerabsprachen und Mausechelen vor den Bunderatswahlen würden so unterbunden.

An einem virtuellen Beispiel erklärt Mörgeli wie die Romandie, der Kanton Tessin und italienischsprachige Gebiete in Graubünden profitieren würden. Diesen Minderheiten würden per Verfassung mindestens zwei Bundesratssitze garantiert, was bis heute bekanntlich nicht der Fall sei.

Für Mörgeli ist klar, man darf Vertrauen ins Volk haben. Deshalb sollte der Bundesrat in Zukunft durch das Volk gewählt werden.

## Diskussion - Pro und Contra

Filippo Leutenegger erklärt, dass die Volkswahl eine Fehlüberlegung sei. Das Schwei-

zerische System funktioniere von unten nach oben. Mit der Volkswahl des Bundesrates würde der Zentralismus in Bern gefördert. Mit einer Volkswahl würde es ein völlig anderes Anforderungsprofil an mögliche Kandidaten als heute geben. Potentielle Kandidaten müssten mindestens zwei, besser drei Landessprachen beherrschen, damit sie sich in allen Regionen für die Wahl empfehlen könnten. Der Bundesratswahlkampf würde zudem mit Sicherheit sehr viel Geld verschlingen. Dies hätte zur Folge, dass der Schrei nach Offenlegung der Spendengelder lauter würde.

Mörgeli meint, Geld sei kein Argument. Jetzt schon steckten viele Parlamentarier grosse finanzielle Mittel in den Wahlkampf. Und eines sei sicher, das Volk lasse sich nicht kaufen. Zuviel Geld könnte auch das Gegenteil bewirken.

Leutenegger informiert, klar sei, dass die FDP aufgrund ihrer Wählerstärke mit zwei Sitzen im Bundesrat eigentlich übervertreten sei. Ein Sitzverlust bei der nächsten Bunderatswahl drohe also. Diese Ausgangslage interessiere ihn aber nicht, denn er liebe die Schweiz und unter allen Umständen wolle er

keinen zentralisierten Staat. Zentralisierung in Bern schwäche die Kantone. Richtig sei aber auch, dass die SVP schon seit langem eigentlich zwei Bundesratssitze haben sollte. Die kleinen Parteien würden von den Medien und vor allem vom Schweizer Fernsehen richtig «gehätschelt».

Mörgeli erklärt, das Fortschrittlichste sei die Volkswahl. Die Volksrechte hätten sich seit 1874 mit der Anpassung der Bundesverfassung, dass das Volk auch über Sachfragen entscheiden könne, stufenweise entwickelt. Je mehr das Volk sagen könne, desto besser gehe es einem Land. Die Volkswahl wäre somit ein grosser und richtiger Schritt in die Zukunft. Er sehe zudem absolut keine Gefahr darin, dass das Volk einen «Blender» oder eine «Schönheit» wählen würde. Im heutigen System sei der Einfluss auf die Parlamentarier durch die Medien eine nicht zu unterschätzende Tatsache.

Leutenegger kontert und betont, die heutige Medienlandschaft sei national ausgerichtet. So würden die Kandidaten vor der Wahl richtig gehend «gejagt» werden. Also sicher keine Volkswahl, denn es komme sicher nicht gut.



## Offene Diskussion

Aus dem Publikum wird die Frage gestellt. «Was ist für die Gehörlosen besser?».

Leutenegger meint: «Die Volkswahl hat sicher keinen Einfluss.»

Mörgeli: «Den Gehörlosen würde es bei einer Volkswahl besser gehen, weil es dem Volk besser geht. Wir müssen unserem Sozialstaat Sorge tragen.»

Mörgeli erklärt weiter, dass heute die Schweizerbevölkerung nicht in die EU wolle. Sollte es einmal anders sein, so müsste dies akzeptiert werden. Aktuell sei es eben so, dass vor allem mehrheitlich die Parlamentarier, also diejenigen, welche heute den Bundesrat wählten, angetrieben von den Bundesbeamten einen EU-Beitritt wollten. Als aktuelles Beispiel weist er auf die Aussage von Bundesrat Didier Burkhalter, dass das EU-Recht von der Schweiz zu übernehmen sei.

Leutenegger doppelt in diesem Punkt nach und meint, dass der schleichende EU-Beitritt riesige Nachteile für die Schweiz mit sich bringe. Lieber klein, aber dafür selber bleiben. Die Schweiz habe in der Vergan-

genheit nicht die gleichen Fehler wie die meisten EU-Staaten gemacht. Er habe grosse Angst vor der Schuldenfalle. Eigenverantwortung sei wichtig. Deshalb kein zentralisiertes Bundesbern und keine Wahl des Bundesrates durch das Volk.

Mörgeli betont, dass alle vier Jahre mit der Wahl des Bundesrates durch das Volks ein Ruck durch die Schweiz gehen würde. Zusammen mit den Nationalratswahlen würde ganz einfach auch die sieben Bundesräte im gleichen Urnengang gewählt.

## Schlussgedanken

Gian Reto Janki bedankt sich bei Filippo Leutenegger und Christoph Mörgeli für die engagierte Diskussion. Zum Schluss möchte er von seinen beiden Gästen noch wissen, welchen Eindruck sie vom heutigen Abend im Gehörlosenzentrum in Erinnerung behalten werden.

Leutenegger: «Ich fand es spannend. Ich komme gerne bei einer anderen Gelegenheit wieder.»

Mörgeli: «Danke für die Einladung. Ich bin stolz darauf, dass sich die Gehörlosen für

Politik interessieren. Ich bin zugegebenermassen auch ein wenig sprachlos. Es ist für mich ein grosses Geheimnis, wie eine solche komplexe Diskussion in die Gebärdensprache übersetzt werden kann. Ich würde mich sehr freuen, wieder einmal eingeladen zu werden.»

Mörgeli meint zum Schluss, dass am 9. Juni 2013 zum ersten Mal auch die stimmberechtigten Frauen über die «Volkswahl des Bundesrates» – also über diese Sachvorlage – abstimmen könnten. Die Chancen seien realistischerweise aber eher klein. Wichtig sei einfach, dass alle an die Urnen abstimmen gehen. Politiker müssen für ihre eigene Meinung einstehen und dürfen sich nicht nach Sieg oder Niederlage ausrichten. Beide Politiker sind sich einig, dass das Volk heute über genug Wissen und Kenntnisse verfüge, um den Bundesrat wählen zu können – dies im Gegensatz zu früher, wo man dem Volk gerade diese Kompetenz als Hauptargument gegen die Volkswahl des Bundesrates abgesprochen hat.

[rr]



Aufmerksam und mit grossem Interesse wird den Wortmeldungen von Leutenegger und Mörgeli gefolgt.